

E. 31.10.2019



Sozialdemokratische Partei Deutschland
Ortsverein Gondelsheim



Amend Jürgen
In den Buchen 7
75053 Gondelsheim
Tel.: 07252/42290
mi.amend@web.de

Tisch-

Vorlage zu TOP 5.3 der

~~Stadt~~ / öffentlichen GR-Sitzung

am 10.12.2019

Bürgermeisteramt Gondelsheim
z.H. Herrn BM Markus Rupp
75053 Gondelsheim

Gondelsheim, im Oktober 2019

Antrag der SPD-Fraktion zur Behandlung im Gemeinderat

Nachhaltigkeitsbeschluss statt Klimanotstand

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Gondelsheim verpflichtet sich im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, Klimaschutz und Nachhaltigkeit künftig noch stärker als bisher in den Fokus ihres Verwaltungshandelns zu stellen. Das Klimaschutzkonzept der Gemeinde Gondelsheim sieht dazu beispielhaft folgende Punkte vor:

1. Die Gemeinde Gondelsheim tritt im Klimaschutzpakt Baden-Württemberg bei.
2. Nachhaltige Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung durch die Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards.
3. Optimierung interner Verwaltungsabläufe zur Einsparung klimawirksamer Ressourcen, wie z.B. Papier, Strom oder Betriebsstoffe.
4. Planung und Realisierung klimaneutraler Einrichtungen der Gemeinde.
5. Umstellung des gemeindeeigenen Strombezuges auf 100 Prozent Ökostrom.
6. Umstellung der gemeindeeigenen Fahrzeuge (ausgenommen Feuerwehr) auf alternative Antriebe bis zum Jahr 2030.
7. Klimastabiler Umbau des Gemeindewaldes.
8. Begründung eines Bürgerwaldes mit 4.000 klimastabilen Bäumen.
9. Verzicht auf das Herbizid Glyphosat auf den gemeindeeigenen Grundflächen.

10. Schaffung weiterer insektenfreundlicher Grünflächen im Gemeindegebiet.
11. Weiterführung des Pflegekonzeptes für die Acker- und Gewässerränder im Gemeindegebiet, welches Arten- und Biotopschutzaspekte berücksichtigt.
12. Ausschreibung eines Wettbewerbs, bei dem Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, Vorschläge zu Klima- und Umweltschutz einzubringen.
13. Schaffung eines Lernortes „Klimaschutz“ für die Schülerinnen und Schüler der Kraichgauschule.
14. Gründung einer kommunalen Initiative zur Nachhaltigkeit. Diese spricht Gewerbetreibende, Kunden und Verbraucher an, mit dem Ziel Verpackungsmaterial zu minimieren. Hierzu sollen Fördermöglichkeiten ausgelotet werden.
15. Die Gemeindeverwaltung wird dazu angehalten, in regelmäßigem Turnus über die Klimaaktivitäten und die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in der Gemeinde öffentlich zu berichten.
16. Der Gemeinderat muss künftig bei allen Entscheidungen die jeweiligen Auswirkungen auf das Klima berücksichtigen. Um dies zu verwirklichen, erhalten die Beschlussvorlagen einen entsprechenden Zusatz.

Begründung:

Der Gemeinderat Gondelsheim erkennt den menschengemachten Klimawandel, die Klimakrise und die daraus resultierende Dringlichkeit zum Handeln an. Die bisher erfolgreich umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen, wie z. B. die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik oder die Umstellung der Heizanlagen öffentlicher Gebäude auf nachwachsende Energieträger, unterstreichen, dass dies ein Anliegen der Gemeinde Gondelsheim mit höchster Priorität darstellt. Diese Entwicklung soll mit der Umsetzung weiterer Maßnahmen fortgesetzt werden. Der Nachhaltigkeitsbeschluss enthält exemplarisch eine Reihe von Maßnahmen, welche mögliche Ansatzpunkte für den Klimaschutz im Aufgabenbereich der Gemeinde Gondelsheim aufzeigen. Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind als gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellung zu bewerten. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Gemeinde mit gutem Beispiel vorangeht. Wichtig ist diese Vorbildfunktion im Verhältnis zu den privaten Akteuren, um deutlich zu machen, dass Staat und Kommunen nicht nur von anderen ein

klimaschonendes und nachhaltiges Verhalten einfordern, sondern auch selbst tätig werden. Der Begriff „Klimanotstand“ wurde im Nachhaltigkeitsbeschluss bewusst nicht verwendet, da ein „Notstand“ im öffentlich-rechtlichen Sinn aufgrund des Klimawandels zurzeit nicht vorliegt. Sowohl das Grundgesetz als auch die Landesverfassung Baden-Württemberg sehen zur Behebung von Unglücks- und Katastrophenfällen sowie zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung spezielle Notstandsregelungen vor, die eine vereinfachte Gesetzgebung oder den Einsatz von Polizei- und Streitkräften betreffen. Von einer solchen Situation sind wir im Moment glücklicherweise weit entfernt. Dies soll jedoch nicht die Bedeutung und Dringlichkeit des Klimaschutzes in der öffentlichen Diskussion schmälern.

SPD-Fraktion

Monika Schwaiger

Christian Feldmann

Klaus Krätschmer

i.A. Klaus Krätschmer